



Timon Gremmels

Mitglied des Deutschen Bundestages

Informationen aus der Hauptstadt und dem Wahlkreis

Kassel, 21. Oktober 2019

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser,

die vorletzte Woche war geprägt von **erschütternden Ereignissen** in Deutschland und der Welt. In Halle an der Saale hat ein Rechtsterrorist eine Synagoge angegriffen und zwei unschuldige Menschen ermordet. Wir gedenken der Opfer des Anschlages und sind in Gedanken bei den Angehörigen. Wir stehen fest an der Seite der jüdischen Bürgerinnen und Bürger. Wir verurteilen den rechtsterroristischen Anschlag in Halle auf Schärfste. **Die Verharmlosung von rechtsradikalem Gedankengut darf nicht hingenommen werden** und muss noch deutlicher von allen demokratischen Kräften bekämpft werden. **Wir müssen klar benennen: Verharmlosung und Leugnung der Naziterrorherrschaft durch AfD-Vertreter bereitet den Boden für Rechtsterrorismus.**

Die Türkei hat eine militärische Offensive in Nordost-Syrien begonnen, die gegen das Völkerrecht verstößt, jetzt schon unzählige Tote gefordert und hunderttausend Menschen in Syrien zur Flucht gezwungen hat. **Der türkische Einmarsch destabilisiert nachhaltig die Lage in der Region und droht die Erfolge der internationalen Allianz im Kampf gegen den IS in Syrien zunichte zu machen.** Wir verurteilen die türkische Offensive aufs schärfste. Wir fordern die Türkei auf, umgehend ihre Militäroffensive zu beenden und unverzüglich ihre Truppen aus Syrien abziehen! Umso wichtiger ist es, dass in einem ersten Schritt Heiko Maas angekündigt hat, **keine Militärgüter**, die von der Türkei in Syrien verwendet werden können, zu exportieren. Frankreich ist nachgezogen und hat ebenfalls einen Exportstopp für solche Rüstungsgüter verkündet. Jetzt sollte auch die Europäische Union die Konsequenzen ziehen und einen gemeinsamen **Rüstungsexportstopp** gegenüber der Türkei verhängen.

Die letzte Woche hielt auch weitere wichtige Dinge bereit, für die wir als SPD-Bundestagsfraktion in den letzten Monaten gekämpft haben: Wir haben das **Wohngeldstärkungsgesetz beschlossen**. Damit wird das Wohngeld zum 1. Januar 2020 erhöht. In der Folge werden auch mehr Menschen mit niedrigem Einkommen einen Zuschuss zur Miete erhalten. Und künftig wird das Wohngeld alle zwei Jahre automatisch an die Entwicklung der Mietpreise und Verbraucherpreise angepasst. Von der Wohngeldreform werden Hunderttausende Haushalte profitieren.

Tempo 130 auf Autobahnen war letzte Woche auf Antrag der Grünen ein großes Thema im Bundestag. Unsere Argumentation und die Doppelmoral der Grünen hat meine Kollegin Kirsten Lühmann in 90 Sekunden auf den Punkt gebracht. Seht selbst: <https://dbtg.tv/fvid/7395100>

Euer

Büro Berlin
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
✉ timon.gremmels@bundestag.de
☎ Telefon 030 227 783 06
☎ Telefax 030 227 703 06

Wahlkreisbüro Kassel
Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel
✉ timon.gremmels.wk@bundestag.de
☎ Telefon 0561 700 10 52
☎ Telefax 0561 700 10 53

🏠 www.timon-gremmels.de
📘 fb.com/TimonGremmels
📷 instagram.com/gremmels
🐦 twitter.com/Timon_Gremmels





Timon Gremmels
Mitglied des Deutschen Bundestages

Informationen aus der
Hauptstadt und dem Wahlkreis

| Revolution am Arbeitsplatz

Save - the - date

SPD-Bundestagsfraktion vor Ort zum Thema Veränderungen in der Arbeitswelt

Die Digitalisierung verändert nicht nur unser Zusammenleben, sondern vor allem unser Arbeitsleben. Das Smartphone ist unser ständiger Begleiter. Die klassische analoge Welt wird zunehmend durch eine digitale Welt abgelöst: mit Smartphone und Laptop lässt sich von unterwegs flexibel arbeiten. Das bleibt aber auch nicht ohne Folgen für die Gestaltung von Arbeitsplätzen und -zeiten.

Gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen Falko Mohrs sowie dem Vorstand der Kasseler SPD möchte ich mit Vertretern junger Startups über die Herausforderungen, Chancen und Risiken für die sich verändernde Arbeitswelt diskutieren.

MITTWOCH, 30. OKTOBER 2019 — 18:30 UHR

Wo: SMA Solar Technology AG, Sandershäuser Straße 114, 34123 Kassel
Bushaltestelle: Kassel-Salzmanshausen, Linien 32 und 52

| Kassel erhält 6,5 Millionen Euro für den Brüder-Grimm-Platz

Verleihung der Urkunden zur Förderung von nationalen Projekte des Städtebaus

Ich habe mich frühzeitig für den Brüder-Grimm-Platz stark gemacht und freue mich nun umso mehr, dass die Bemühungen, Fördermittel für den Umbau des Brüder-Grimm-Platzes zu erhalten, erfolgreich waren. Das Bundesinnenministerium überreichte in der vergangenen Woche den **Förderbescheid über 6,5 Mio. Euro**. Das ist ein großartiger Erfolg für Kassel und die Region. Gemeinsam mit Stadtbaurat Christof Nolda konnten wir die Urkunde vom Parlamentarischen Staatssekretär Marco Wanderwitz entgegennehmen. Der Einsatz für die Menschen vor Ort hat sich gelohnt und die **Neugestaltung des Brüder-Grimm-Platzes**, dem Tor zur Wilhelmshöher Allee und zur Oberen Königsstraße, wird ein Gewinn für alle sein. Als städtebaulich herausragender Abschnitt der Verbindung des herrschaftlichen Bergparks Wilhelmshöhe mit dem bürgerlichen Zentrum der Innenstadt soll der Brüder-Grimm-Platz wieder erlebbar gemacht werden. Neben einer besseren Gestaltung der verkehrlichen Funktion sollen Grünflächen den Aufenthalt schöner machen. Auch die **Scharnierfunktion zwischen der Wilhelmshöher Allee und der Oberen Königsstraße** soll wieder hergestellt werden. Die Sehenswürdigkeiten wie das Landesmuseum und das künftige Tapetenmuseum und historisch prägende Orte in Kassel wie die Torwache, eine der Wohnorte der Brüder Grimm, haben nicht nur nationale, sondern zunehmend internationale Bedeutung und erfahren durch die Umgestaltung eine weitere deutliche Aufwertung.



Staatssekretär Marco Wanderwitz überreicht im Beisein des Kasseler Bundestagsabgeordneten Timon Gremmels die Bewilligungsurkunde an Kassels Stadtbaurat Christof Nolda

Für das Programm „Nationale Projekte des Städtebaus“ hatten sich Städte und Gemeinden aus ganz Deutschland mit insgesamt 118 Projekten beworben. Die Projekte sollen Herausforderungen der Stadtentwicklung innovativ lösen. Die erneute überaus große Resonanz zeigt, dass das Bundesprogramm Nationale Projekte des Städtebaus von hoher Bedeutung für unsere Kommunen ist. Eine interdisziplinär besetzte Expertenjury hatte sich für die Förderung in Kassel ausgesprochen. Die Expertenjury fokussierte sich bei der Auswahl vor allem auf innovative Konzepte mit nationaler und internationaler Wahrnehmung sowie deren außerordentlichen Qualität.

Mehr Informationen:

<https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ZIP/NPS/2018/foerderprojekte-2018/steckbriefe/kassel-node.html>



| SPD-Empfang mit Ahler Wurst, Weckewerk und Bier

Apfelwoi trifft Ahle Wurst

Seit mehr als 10 Jahren laden die hessischen SPD Bundestagsabgeordneten zum Austausch und Vernetzungsabend in die Landesvertretung nach Berlin ein. In diesem Jahr haben wir Nordhessen es augenzwinkernd erstmals geschafft, dass der ehemalige „Apfelweinstich“ unter das Motto „Apfelwoi trifft Ahle Wurst“ gestellt wurde. Damit wird deutlich, dass es sich um eine gesamthessische Veranstaltung handelt und es neben den südhessischen Spezialitäten wie Apfelwein oder Handkäse, auch tolle nordhessische Leckereien wie Ahle Wurst, Weckewerk und Bier von der Knallhütte gibt. Neben zahlreichen Besuchern aus Berlin fanden auch viele Gäste aus Nordhessen den Weg nach Berlin. Der neue Geschäftsführer des NVV, Steffen Müller, war ebenso anwesend, wie Kassels Stadträtin Esther Kalveram, der Landrat des Schwalm-Eder-Kreises Winfried Becker sowie die ehemalige und die aktuelle aus Hessen stammenden Bundesjustizministerinnen Christine Lambrecht und Brigitte Zypries sowie unsere Landtagsabgeordneten Wolfgang Decker und Oliver Ulloth.



Die nordhessischen SPD-Bundestagsabgeordnete Esther Dilcher, Edgar Franke und Timon Gremmels, Kassels Stadträtin Esther Kalveram, Erster Kreisbeigeordneter Jürgen Kaufmann und Landrat Winfried Becker aus dem Schwalm-Eder-Kreis sowie NVV Geschäftsführer Steffen Müller.

| Grundsteuerreform entlastet Kommunen

Einführung der Grundsteuer C ermöglicht Kommunen städtebauliche Lenkungswirkung

Mit der Grundsteuer C können Städte und Gemeinden gegen Grundstücksspekulation vorgehen. In der letzten Woche wurden die Gesetzentwürfe zur Reform der Grundsteuer verabschiedet. Damit schaffen wir es nach Jahrzehnten der Diskussion zwischen Bund und Ländern, eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen zukunftsfest zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dies ist auch eine gute Nachricht für die Städte und Gemeinden in der Region Kassel.

Dank des Einsatzes der SPD und von Finanzminister Olaf Scholz ist es gelungen, ein **wertabhängiges und damit gerechtes Grundsteuer-Modell** durchzusetzen. Dadurch wird die Grundsteuer einfacher, gerechter und zukunftsfähig. Wenn in den Verhandlungen auch schmerzhaft Kompromisse notwendig waren, ist nun insgesamt eine vernünftige Basis für die weiteren Entscheidungen in Bundestag und Bundesrat erreicht worden. Für uns als SPD ist besonders wichtig, dass die **Berechnung der Grundsteuer sich auf Bundesebene auch weiterhin am Wert der Grundstücke orientieren**. Es macht einen Unterschied, ob ein Haus oder eine Wohnung in einem begehrten Innenstadtviertel oder in einer weniger gefragten Randlage einer Metropole steht, ob es sich in einer ländlichen Gemeinde oder in der Stadt befindet. Dieser Wertbezug war für die SPD ein entscheidender Punkt, der nun in der Bundesregelung abgesichert wird. Hinzu kommt: Immobilien des sozialen Wohnungsbaus, kommunale sowie gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsgenossenschaften sollen unter bestimmten Voraussetzungen bei der Grundsteuer begünstigt werden. Außerdem werden wir mit der Grundsteuer-Reform die sogenannte **Grundsteuer C** einführen. Damit helfen wir Städten und Gemeinden, Wohnraum zu schaffen und gegen Grundstücksspekulationen vorzugehen. Insbesondere in Ballungsgebieten besteht ein erheblicher Wohnungsmangel, auch weil baureife Grundstücke als Spekulationsobjekt gehalten werden anstatt dringend benötigten Wohnraum zu schaffen. Die Kommunen erhalten das Recht, eine Grundsteuer C auf unbebaute, aber bebaubare Grundstücke zu erheben. Im parlamentarischen Verfahren haben wir erreicht, dass Kommunen auch aus städtebaulichen Gründen die Grundsteuer C einführen können. **Damit geben wir den Kommunen die Möglichkeit, Bauland zu mobilisieren, ihre Baulücken leichter zu schließen, Spekulationen entgegenzuwirken und eine gute Stadtentwicklung zu betreiben**. Dies ist eine gute Nachricht auch für die Schaffung eines besseren Wohnungsangebotes in Kassel.

Mehr Informationen:

<https://www.spdfraktion.de/themen/grundsteuer-reformiert>



| Solarausbau nimmt wieder an Fahrt auf

Regierung einigt sich auf Klimapaket und schafft vor allem für Photovoltaik neue Perspektiven

Die Bundesregierung hat die Umsetzung des Klimapakets beschlossen. Damit sollen die nationalen Klimaziele erstmalig gesetzlich verankert und mit einem wirksamen Kontrollmechanismus versehen werden. Das ebenfalls im Bundeskabinett beschlossene Klimaschutzprogramm 2030 beschreibt zahlreiche Maßnahmen, mit denen die Klimaziele erreicht werden sollen, darunter eine deutliche Beschleunigung beim Ausbau von Photovoltaik-Anlagen.

Vor allem der **Photovoltaik-Sektor profitiert** deutlich von den Beschlüssen des Bundeskabinetts. Die Leistung der in Deutschland installierten Photovoltaik-Anlagen soll bis zum Jahr 2030 auf knapp 100 GW verdoppelt werden. Das ist ein starkes Signal für die Solarenergie, der preiswertesten und akzeptiertesten Form der erneuerbaren Energieerzeugung. Die **Abschaffung des Photovoltaik-Ausbaudeckels**, die noch in diesem Jahr erfolgen soll, ist ein echter Durchbruch, für den ich gemeinsam mit meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen lange gekämpft habe. Und sie ist eine gute Nachricht für die deutsche Solarwirtschaft und die Solarteure, die endlich langfristig planen können. Mit dem Klimaschutzprogramm geben wir der Photovoltaik einen weiteren deutlichen Schub: Konkret soll der Photovoltaik-Zubau bis 2030 im Schnitt von 2,5 auf rund 4,7 GW pro Jahr anwachsen. Mit der Abschaffung des PV-Deckels, einem ambitionierten PV-Ausbauziel sowie den ebenfalls vereinbarten Verbesserungen beim Mieterstrom ist klar: Der Solarsektor kann, soll und wird einen beträchtlichen Beitrag leisten, um das **Ziel bis 2030 einen Anteil von 65 Prozent erneuerbarer Energien am Strommix** zu erreichen. Mit dem Klimaschutzgesetz, dem Klimaschutzprogramm 2030 und einem deutlich beschleunigten Photovoltaik-Ausbau machen wir wichtige Schritte in Richtung mehr Klimaschutz und mehr erneuerbarer Energien in Deutschland. Klar ist aber auch: **Es bleibt noch viel zu tun**. Das Pariser Klimaabkommen und das 65 Prozent Ziel verpflichten uns zu großen Schritten. Mit dem Klimapaket haben wir die richtigen Instrumente an der Hand, die in den nächsten Jahren noch deutlich nachgeschärft werden müssen.



| Entwurf eines Wohngeldstärkungsgesetzes

Mehr Haushalte profitieren von einer Entlastung bei den Mietkosten

Das Wohngeld erfüllt als vorgelagertes Sicherungssystem eine wichtige sozialpolitische Funktion. Mit der Reform tragen wir dazu bei, dass **Wohnen auch für einkommensschwache Haushalte bezahlbar bleibt**. Erstmals werden wir eine Dynamisierung des Wohngeldes einführen, die erstmalig (am 01. Januar) 2022 greift. Das bedeutet: Wir werden das Wohngeld alle zwei Jahre an die eingetretene Miet- und Verbraucherpreisentwicklung anpassen. Damit sichern wir die mit der Wohngeldreform im Jahr 2020 erreichte Entlastungswirkung des Wohngeldes auch für die kommenden Jahre. Weniger Haushalte werden dadurch zwischen Wohngeld und Arbeitslosengeld II sowie Sozialhilfe hin- und herwechseln. Wir nehmen den Menschen die Angst, aus dem Wohngeld rauszufallen. Die Reform des Wohngeldgesetzes und seine **regelmäßige Dynamisierung** ist ein wesentlicher Meilenstein sozialdemokratischer Politik in dieser großen Koalition für ein solidarisches Land. Durch die Reform wird es ab 01. Januar 2020 mehr Wohngeld für mehr Haushalte geben. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Bürgerinnen und Bürger bei ihren Wohnkosten wirkungsvoll zu entlasten. Zuletzt wurde das Wohngeld zum 1. Januar 2016 angepasst. Von der nun auf den Weg gebrachten Wohngeldreform profitieren insgesamt rund 660.000 Haushalte. Zum anderen heben wir die Miethöchstbeträge nach Mietstufen gestaffelt an. Die Miethöchstbeträge bestimmen den Betrag der Miete, bis zu dem die Miete durch das Wohngeld bezuschusst wird. Die Miethöchstbeträge in den Regionen mit stark steigenden Mieten, vor allem in den Ballungsräumen, werden überdurchschnittlich angehoben.

Mehr Informationen:

<https://www.spdfraktion.de/themen/mehr-hoeheres-wohngeld>



| Masern zurückdrängen – die Impfung verpflichtend machen

Masernfälle langfristig reduzieren durch Einführung einer

Masern gehören zu den ansteckendsten Infektionskrankheiten des Menschen. Im Jahr 2018 kam es weltweit zu einer **Verdoppelung der Masernfallzahlen**. Bis Ende Mai wurden dem Robert-Koch-Institut bereits 420 Masernfälle in Deutschland für das Jahr 2019 gemeldet. Dabei stehen zur Prävention gut verträgliche hochwirksame Impfstoffe zur Verfügung, die eine langfristige Immunität vermitteln.

Die angestiegenen Fallzahlen sind auf fortschreitende **Impfmüdigkeit** zurückzuführen. Eine große Zahl von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sind nicht durch eine Impfung geschützt. **Eine Nichtimpfung bedeutet aber nicht nur eine Gefahr für den Menschen**, der sich bewusst gegen die Impfung entschieden hat, sondern auch ein Risiko für andere Personen, die z.B. aufgrund ihres Alters oder besonderer gesundheitlicher Einschränkungen nicht geimpft werden können. Um die Anzahl der Masernfälle langfristig zu reduzieren, wurde in der letzten Woche ein Gesetzentwurf für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention beraten.



Der Gesetzentwurf sieht vor, dass **künftig Kinder und Mitarbeiter*innen in Kitas und Schulen, Personal in medizinischen Einrichtungen und auch Menschen und Personal in sogenannten Gemeinschaftseinrichtungen geimpft sein müssen**. Darunter fallen Asylbewerberheime, Flüchtlingsunterkünfte und auch Ferienlager. Nachgewiesen werden kann die Impfung beziehungsweise Immunität durch den Impfausweis – zukünftig auch in digitaler Form vorhanden – oder durch ein Attest vom Arzt. Ausgenommen sind Menschen, die einen ärztlichen Nachweis vorlegen können, dass bei ihnen eine Impfung aus gesundheitlichen Gründen nicht ratsam ist. Jeder Arzt – mit Ausnahme des Zahnarztes – soll die Impfung durchführen können. Wer gegen die Impfpflicht verstößt, dem droht ein Bußgeld. Das Gesetz soll am 1. März 2020 in Kraft treten.

| Das Waffengesetz verschärfen

Wirkungsvolle Kontrollen und Begrenzung von Schusswaffen

Mit dem Waffenrechtsänderungsgesetz, das in der letzten Woche in erster Lesung im Bundestag beraten wurde, setzen wir die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen um.

Die Richtlinie verfolgt hauptsächlich drei Ziele: Erstens soll der **illegale Zugang zu scharfen Schusswaffen erschwert** werden. Zweitens sollen sämtliche Schusswaffen und ihre wesentlichen Teile über ihren gesamten Lebenszyklus hinweg behördlich rückverfolgt werden können. Drittens soll **die Nutzung von legalen Schusswaffen zur Begehung terroristischer Anschläge erschwert werden**. Dies soll insbesondere durch eine Begrenzung der Magazinkapazität halbautomatischer Schusswaffen erreicht werden.

Um die vollständige Rückverfolgbarkeit von Waffen und wesentlichen Teilen zu ermöglichen, werden wir das Nationale Waffenregister ausbauen und die Waffenhersteller und Waffenhändler verpflichten, ihren Umgang mit Waffen gegenüber den Waffenbehörden elektronisch anzuzeigen. Die Waffenbehörden übermitteln diese Daten an die Registerbehörde. Ferner soll eine Anzeigepflicht für unbrauchbar gemachte Schusswaffen eingeführt und die Magazinkapazität von halbautomatischen Schusswaffen eingeschränkt werden.



Timon Gremmels
Mitglied des Deutschen Bundestages

Informationen aus der
Hauptstadt und dem Wahlkreis

Interview über zwei Jahre Bundestag

HNA vom 14. Oktober 2019

Lesetipp

Ist die SPD noch zu retten, Herr Gremmels?

MONTAGSINTERVIEW Der Abgeordnete über zwei Jahre im Bundestag und die Parteispitze

VON ALIA SHUHAIBER, MATTHIAS LOHR UND FLORIAN HAGEMANN

Kassel – Seitdem Timon Gremmels vor zwei Jahren in den Bundestag einzog, hat der SPD-Politiker sechs Parteivorsitzende erlebt: Martin Schulz, Andrea Nahles, Olaf Scholz sowie die kommissarische Dreier-Spitze Malu Dreyer, Manuela Schwesig und Thorsten Schäfer-Gümbel. Gerade wird wieder ein neues Führungs-Duo gesucht. Darüber und über seine persönliche Halbzeitbilanz im Bundestag sprachen wir mit dem 43-Jährigen aus Niestetal.

Vor einem Jahr haben Sie das persönliche Ziel ausgegeben, mehr im „Heute-Journal“ aufzutreten statt in der „heute-show“. Haben Sie das geschafft?

Ich bin seitdem nicht mehr in der „heute-show“ gezeigt worden. Dem ZDF-Komiker Lutz van der Horst, der häufig im Foyer des Bundestags lauert, bin ich erfolgreich aus dem Weg gegangen. Ich war allerdings auch nicht im „heute-journal“. Das ist auch gar nicht mein Ziel. Ich bin Abgeordneter aus Nordhessen und will meinen Wählern eine Rückmeldung geben. Insofern ist die HNA für mich wichtiger, als es die nationalen Medien sind.

Nicht nur die „heute-show“ macht sich über die SPD lustig. Der Komiker Jan Böhmermann will sogar Vorsitzender werden. Ist die Partei am Ende?

Die SPD ist überhaupt nicht am Ende. Gerade führen wir einen erfolgreichen Wettbewerb über die Frage, wer an der Spitze der SPD stehen soll. An vielen Orten mussten wir größere Hallen buchen. Das Interesse an der SPD ist immens. Auch in Baunatal war viel Aufbruchstimmung zu spüren. Nach der letzten Regionalkonferenz werden wir knapp 20 000 Mitglieder direkt erreicht haben.

Welches Duo hat Ihrer Ansicht nach die Nase vorn?

Es gibt drei Favoriten-Teams. Zum einen natürlich Olaf Scholz und Klara Geywitz. Als Bundesfinanzminister erreicht er einfach mehr Leute als andere. Den frischesten und überzeugendsten Auftritt haben meiner Ansicht nach Michael Roth und Christina Kampmann hingelegt. Sie sind junge Gesichter und punkten mit viel Charisma.



Seit zwei Jahren für die SPD im Bundestag: Der nordhessische Bundestagsabgeordnete Timon Gremmels aus Niestetal blickt auf eine interessante Zeit in Berlin. FOTO: NH

Und schließlich gehören zum Favoritenkreis auch der ehemalige NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken. Ich rechne mit einer Stichwahl.

Welche Auswirkungen wird der Ausgang der Mitgliederbefragung auf die Große Koalition haben?

Ob die Große Koalition fortgesetzt wird, ist eine andere Frage. Darüber entscheiden wir auf dem Parteitag im Dezember. Aber klar ist: Wenn jemand wie Olaf Scholz Parteivorsitzender wird, ist die Fortsetzung der Großen Koalition wahrscheinlicher, als

wenn es ein Team wird, das unsere Regierungsbeteiligung kritischer sieht.

Das klingt so, als seien Sie kein Anhänger von Scholz und seiner Meinung zur Großen Koalition.

Für mich entscheiden das die Mitglieder. Wenn die sich mehrheitlich hinter Olaf Scholz sammeln, unterstütze ich das auf dem Parteitag. Das ist Sinn und Zweck einer solchen Mitgliederbefragung. Die ruhige norddeutsche Art von Olaf Scholz reißt vielleicht nicht überall im Land die Leute von den Socken, aber als Vizekanzler macht er einen guten Job.

Kurz vor der Abstimmung über das Klimaschutzgesetz haben Sie getwittert: „Unser Koalitionspartner macht es uns nicht leicht.“ Ist die Union gar nicht so grün, wie Markus Söder Glauben machen will?

Nein, die Union ist nicht grün, und Markus Söder schon gar nicht. In Klimafragen ist es mit CDU und CSU sehr schwierig. Wir wären zum Beispiel beim Ausbau der Erneuerbaren Energien schon viel weiter, wenn die Union nicht massiv auf der Bremse stehen würde. Das Klimaschutzgesetz ist darum nicht die reine sozialdemokratische Lehre, sondern wie

oft in der Politik ein Kompromiss. Trotzdem gibt es erstmals klare CO₂-Einsparvorgaben für Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft. Das ist ein echter Systemwechsel.

Wie überrascht sind Sie, was für eine Dynamik dieses Thema innerhalb eines Jahres bekommen hat?

Ich finde es gut, dass der Klimaschutz nun prominent auf der Tagesordnung steht. Ohne Fridays for Future und Greta Thunberg hätte es das Klimaschutzgesetz so nicht gegeben. Wir als SPD müssen aber darauf achten, dass die Menschen mitgenommen werden. Der Pendler aus Hessa, der jeden Tag mit seinem mittelalten Auto 35 Kilometer zur Arbeit nach Kassel fährt, braucht auch Planungssicherheit. Deswegen war es gut, dass wir behutsam mit einer CO₂-Bepreisung anfangen, die langsam steigt, damit man sich ein Auto leisten kann, das weniger Sprit verbraucht oder sogar ein E-Fahrzeug eines nordhessischen Herstellers ist. Richtig teuer wird es erst 2026.

Viele Wähler fühlen sich bei dem Thema trotzdem bei den Grünen zuhause.

Es gibt eine große Bandbreite. Vielen jungen Menschen, die bei Fridays for Future auf die Straße gehen, geht das

nicht weit genug, was wir machen. Auf der anderen Seite sind mehr als 500 000 Facebook-Nutzer der Gruppe Fridays for Hubraum beigetreten, die von der AfD unterstützt wird. Dazwischen müssen wir uns positionieren. Wir können nicht grüner sein als die Grünen. Aber wenn wir die Energiewende richtig anpacken, bekommen wir eine große Wertschöpfung in der Region. Es werden viele Arbeitsplätze entstehen – nicht nur bei SMA, sondern auch bei Handwerkern. Dies ist der sozialdemokratische Aspekt der Energiewende.

Zuletzt stellte eine Studie fest, dass die Große Koalition besser ist als Ihr Ruf. Sie habe viel auf den Weg gebracht. Warum haben sehr viele Menschen einen anderen Eindruck?

Es ist häufig so: Die Leute machen schnell einen Haken hinter dem, was wir versprochen und dann umgesetzt haben. Dafür setzen sie sich dann lieber damit auseinander, was wir nicht geschafft haben, oder wo wir Kompromisse eingehen mussten. Wir als SPD geben uns nie mit dem Guten zufriedener, wir wollen immer das Bessere.

Behaupten das nicht alle Parteien von sich?

HINTERGRUND

Zug statt Auto

In den vergangenen zwei Jahren ist Timon Gremmels mit dem Zug quasi einmal von Kassel nach Honolulu gereist. Jedenfalls hat der SPD-Bundestagsabgeordnete mit der Bahn 22 516 Kilometer zurückgelegt, was ungefähr der Entfernung zwischen Nordhessen und Hawaii entspricht. „Ich genieße mein Leben in vollen Zügen“, sagt Gremmels.

Aus dem ICE hat er bisweilen auch „einige generierte Tweets abgesetzt“. Trotzdem liebt er die Bahn: „Mit dem ICE brauche ich nach Berlin 2:40 Stunden, mit Baustelle sind es jetzt 3:10. Das würde ich mit dem Auto niemals schaffen. Selbst wenn der Zug eine halbe Stunde Verspätung hätte.“ Darum ist er als Bundestagsabgeordneter nicht ein einziges Mal mit dem Auto nach Berlin gefahren. mal

Andere haben viel weniger erreicht und machen einen großen Bohei darum. Als zum Beispiel der Mindestlohn eingeführt wurde, haben wir eher über die wenigen Ausnahmen diskutiert wie Zeitungsausträger, statt die Erfolge zu feiern. Das liegt in der DNA der SPD: Wir sind nie mit dem Erreichten zufrieden. Aber wenn wir nicht positiv über unsere Erfolge reden, tut das keiner.

Was haben denn Sie bislang für Nordhessen erreicht?

Ich habe dafür gesorgt, dass es für den Brüder-Grimm-Platz sieben Millionen Euro aus dem Welterbeprogramm gibt. Gerade haben wir einen Förderbescheid übergeben, damit die Ampelschaltungen in Kassel modernisiert werden. Insgesamt habe ich in zwei Jahren elf Millionen Euro für Kassel organisiert. Als Mitglied des Petitionsausschusses kann ich zudem ganz konkret Menschen helfen, die sich mit einer Petition an uns wenden. Zuletzt haben wir dafür gesorgt, dass ein Enkelkind einer Afrikanerin wieder nach Deutschland kommen konnte, nachdem die Mutter des Mädchens in Kenia gestorben war. Dafür bekommt man keine große Schlagzeile, aber so etwas erfüllt einen.



Timon Gremmels
Mitglied des Deutschen Bundestages

Informationen aus der
Hauptstadt und dem Wahlkreis

| Unterwegs in Berlin und im Wahlkreis



Demo gegen einen Vorschlag von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn mit Intensiv Leben



Beim Kickern mit Josephine Ortleb und Michael Roth bei ‚Ahler Wurscht und Äppelwoi‘ in Berlin



Ehrung der SPD-Fuldabrück zum 100. Geburtstag von Elisabeth Stangor in Bergshausen



Mit OB Christian Geselle und Manuela Strube bei der Verleihung des Kulturpreises Deutsche Sprache



Besuch des Petitionsausschusses in München mit Treffen der Kolleg*innen im Bayerischen Landtag



Verabschiedung von Thorsten Schäfer-Gümbel in Wiesbaden



Übergabe des Förderbescheids über 6,5 Mio. Euro zur Umgestaltung des Brüder-Grimm-Platzes



Unterwegs beim Festzug der 52. Waldauer Entenkirmes mit Ortsvorsteher und Kirmesmutter



Gemeinsam mit meinen MdB-Kollegen setzen wir ein Zeichen am Tag gegen Menschenhandel

Sofern Sie ausdrücklich eingewilligt haben, verwenden wir Ihre E-Mail-Adresse, um Ihnen regelmäßig Ihre gewünschten Informationen zu übersenden. Für den Empfang der Informationen ist die Angabe einer E-Mail-Adresse ausreichend.

Die Abmeldung ist jederzeit möglich, darauf wird z.B. auch bei jedem Newsletterversand unter Angabe des Links hingewiesen. Alternativ können Sie Ihren Abmeldewunsch gerne auch jederzeit an timon.gremmels.wk@bundestag.de per E-Mail senden.



Timon Gremmels
Mitglied des Deutschen Bundestages

Informationen aus
Berlin und dem Wahlkreis

🏠 www.timon-gremmels.de

📘 fb.com/TimonGremmels

📷 instagram.com/gremmels

🐦 twitter.com/Timon_Gremmels

✉ timon.gremmels.wk@bundestag.de

V.i.S.d.P.: Timon Gremmels, Humboldtstraße 8A, 34117 Kassel